

Lernen aus der
Geschichte

LaG - Magazin

Kolonialismusaufarbeitung

in

Berlin

29. April 2020

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

be  **Berlin**

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Berliner Erinnerungslandschaft, postkolonial.....	5
Berlin dekolonisieren. Das Afrika-Haus präsentiert die Dauerausstellung „Berlin - ein postkolonialer Gedächtnisraum“	9
Das Humboldt-Forum im Berliner Schloss – Ein Symbol des Fortwährens kolonialer und absolutistischer Herrschaft.....	14

Empfehlung Fachbuch

Kolonialismus-Debatte.....	17
Black Berlin.....	19

Empfehlung Unterrichtsmaterialien

Neuengammer Studienhefte. Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus.	22
--	----

Empfehlung Web

Stadtneulesen.....	26
Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel.....	28

Empfehlung Bildungsträger

Berlin Postkolonial.....	30
--------------------------	----

Liebe Leser*innen,

wir begrüßen Sie zur aktuellen Ausgabe des LaG-Magazins zur Kolonialismusaufarbeitung in Berlin. Warum Berlin? Die Stadt war seit 1701 preußische Hauptstadt und war zwischen 1871 und 1945 Hauptstadt des Deutschen Reiches. Hier fand vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 die sogenannte Afrika-Konferenz, auch bekannt als Kongo-Konferenz, statt. Sie diente den damaligen Weltmächten zur Verständigung über die Aufteilung und Ausbeutung Afrikas. Bernhard von Bülow, formulierte als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die imperialen Träume des Kaiserreiches in einer berühmt-berüchtigten Reichstagsrede am 6. Dezember 1897: „Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte (...) diese Zeiten sind vorüber“ und weiter „Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Für eine solche imperiale Tradition stehen in Berlin noch etliche Straßennamen, auch wenn die Bülowstraße als Teil des sogenannten Generalszuges (Gneisenau-, Yorck-, Bülow-, Kleist und Tauentzienstraße bis hin zum Kurfürstendamm) nicht nach dem oben genannten von Bülow benannt wurde, sondern nach dem preußischen General Friedrich Wilhelm Bülow von Dennewitz.

Deutlicher auf den deutschen Kolonialismus verweist das Afrikanische Viertel im Berliner Wedding oder die ein rassistisches Stereotyp symbolisierende „Mohren“straße im

Stadtbezirk Mitte. In beiden Fällen setzen sich auch Schwarze Aktivist*innen seit Jahren und bisher vergeblich für Umbenennungen der Straßennamen ein (s. hierzu auch einen älteren Artikel von Christian Kopp auf LaG: [White Myths – Black History. Der Fall der Berliner „Mohrenstraße“](#)).

Es gibt also ausreichend viele Gründe sich mit dem Thema Kolonialismus in Berlin zu befassen, zumal die sogenannte Aufarbeitung zwiespältig ist. Zu selten und zu wenig haben die Stimmen aus der Schwarzen Community ein Gewicht bei Entscheidungen, gerade auch in Fragen der Restitution geraubter Kulturgüter. Exemplarisch hierfür steht die Diskussion um das Humboldt-Forum. Auch eine Aufarbeitung des Völkermords an Nama und Herero steht zumindest im öffentlichen Diskurs eher am Anfang. Wir hoffen mit diesem Magazin Lehrkräfte und politische Bildner*innen ein wenig zu motivieren, die Thematik im Unterricht oder in Seminaren aufzugreifen.

In einem einleitenden Aufsatz gibt *Reinhart Kößler* einen Überblick zur Erinnerungspolitik über den deutschen Kolonialismus anhand der Berliner Erinnerungslandschaft.

Joachim Zeller stellt die Ausstellung des Berliner Afrika-Hauses vor und stellt sie in den historischen Zusammenhang.

Mit der oben bereits erwähnten Problematik des Humboldt-Forums im Berliner Stadtschloss als Teil des historischen Ensembles der Straße Unter den Linden beschäftigt sich *Ingolf Seidel*.

Wir danken den externen Autoren für ihre

Beiträge.

In eigener Sache

Die Corona-Pandemie wirkt sich auch auf unsere Arbeit aus. Förderanträge, von denen wir abhängig sind, können nicht immer zeitgerecht erstellt werden, sodass wir genügend Vorlauf zur Erarbeitung eines Magazins haben. Wir haben dafür vollstes Verständnis, müssen aber in der Folge ein für den Mai geplantes LaG-Magazin verschieben. Es wird voraussichtlich im Monat Juli erscheinen.

Entsprechend unserer Planung erscheint dann am 24. Juni das nächste Magazin. Es stellt die Arbeit des Brandenburger Vereins Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt vor, der unter anderem in der Beratungsarbeit von Opfern rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung tätig ist.

Ihre LaG-Redaktion

Berliner Erinnerungsland- schaft, postkolonial

Von Reinhart Köbler

Kolonialismus in Berlin – verwobene Geschichte

Berlin spielte für den Kolonialismus eine zentrale Rolle. Das ging weit über seine Stellung als Hauptstadt des gut dreißig Jahre währenden deutschen Kolonialreiches in Afrika, Ozeanien und China hinaus. Im Reichkanzler-Palais in der Wilhelmsstraße tagte 1884/1885 die Kongo-Konferenz, auch bekannt als Berliner Afrika-Konferenz. Auf ihr handelten die „Mächte“ unter Ausschluss jeglicher afrikanischer Vertretung die Modalitäten aus, unter denen in den folgenden Jahren der Kontinent fast vollständig aufgeteilt wurde. Dieser Raubzug wurde mit dem Anspruch bemäntelt, man wolle dem Sklavenhandel vor allem im Kongo-Becken ein Ende setzen.

Deutschlands afrikanisches Kolonialreich umfasste die heute unabhängigen Staaten Namibia (Deutsch-Südwestafrika), das kontinentale Tanzania, Rwanda und Burundi (alle Deutsch-Ostafrika) sowie den Großteil des heutigen Kamerun und Togo. In Berlin fanden diese Eroberungen auch sehr bald sichtbaren Niederschlag: Straßen wurden nach vorgeblichen Kolonialhelden benannt, die oft blutige Unterwerfungsfeldzüge geführt hatten; das Afrikanische Viertel im Norden des Wedding plante man als sinnfällige Darstellung des Kolonialreichs mit nach Personen, vor allem aber nach Orten und Flüssen benannten Straßen. Planungen

für ein Kolonialdenkmal wurden freilich nicht verwirklicht.

Die relativ kurze Zeit, die das deutsche Kolonialreich währte, hatte einschneidende Folgen. Für die Kolonisierten bedeutete sie über viele Jahre rücksichtslose Gewaltausübung, um den immer wieder aufflammenden Widerstand zu brechen – oder wie im Fall der in Namibia ab 1911 offiziell so bezeichneten „Buschmannjagden“ in Namibia einfach diejenigen Menschen zu eliminieren, die den Kolonisatoren als Arbeitskräfte nicht geeignet erschienen. Aus dem Gewaltgeschehen ragen der 1904-08 in Namibia verübte Völkermord an Ovaherero und Nama hervor. Bei weit höherer Bevölkerungszahl als in Namibia überstieg die Anzahl der Opfer des Maji-Maji-Krieges in Tanzania und danach der rücksichtslosen Kampagne des Schutztruppen-Kommandeurs Lettow-Vorbeck dieses Verbrechen noch bei weitem. Lettow-Vorbecks Truppe paradierte 1919 „ungeschlagen“ durchs Brandenburger Tor. Kurz danach wandte er sich gegen Aufständische in Deutschland, etwa im Hamburger „Sülze-Aufstand“. Es ließ sich schon damals erkennen, dass koloniale Formen der Unterwerfung in die Kolonialmetropole zurück-schlugen.

Für Deutschland markiert die Kolonialherrschaft auf drei Erdteilen sinnfällig den Beginn der „Weltpolitik“ und des Kampfes für einen „Platz an der Sonne“ (Bernhard von Bülow), demnach jener Gewaltgeschichte, die in Faschismus und Holocaust mündete. Auch wenn er nur vergleichsweise kurz währte, war der deutsche Kolonialismus

daher keineswegs eine „Episode“, als den ihn manche Historiker immer noch herunterspielen. Es handelt sich vielmehr für ein Beispiel jener verwobenen Geschichte. Auch wenn es um drastische Machtgefälle geht, lassen sich die Prozesse nicht auf den nationalen Rahmen reduzieren. Wir sind auf globale Zusammenhänge verwiesen, und insbesondere war das Geschehen in den Kolonialmetropolen wie Deutschland untrennbar mit kolonialen Verhältnissen verknüpft. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert lässt nicht außerhalb dieses Verflechtungszusammenhangs verstehen.

Postkoloniale Leere

In der offiziellen deutschen Erinnerungspolitik und konkret in der Erinnerungslandschaft Berlins findet dieser Zusammenhang bis heute keine Entsprechung. Vor allem das Ensemble am Tiergarten in der Nähe des Brandenburger Tors verweist nachdrücklich und öffentlichkeitswirksam auf die Verbrechen des Nationalsozialismus. Tourist*innen kommen am Holocaust-Mahnmal nicht vorbei, die Erinnerungsstätten für die ermordeten Sinti und Roma sowie Schwule und Lesben sind eher versteckt, aber immerhin präsent, jene für die Opfer der Euthanasie und die Topographie des Terrors nicht weit entfernt. Der Anspruch, das Gedenken an „Auschwitz“ sei heute deutsche Staatsräson tritt hier in Stein und Beton auch repräsentativ in Erscheinung. Es darf nicht übersehen werden, dass diese Situation nicht als spontane Reaktion auf die unaussprechlichen Verbrechen und Schrecken zustande kam, sondern durch den Mut

und die Beharrlichkeit derer, die sich mit dem jahrzehntelangen Beschweigen nicht abfinden konnten. Wenn Deutschland gelegentlich als „Erinnerungsweltmeister“ bezeichnet wird, so muss immer wieder gesagt werden, dass vermutlich die Mehrheit erst mühsam überzeugt werden musste. Und diese Überzeugungen bleiben immer umkämpft, müssen stets aufs Neue aktualisiert werden.

Besucher*innen aus Namibia, die ich öfter in die Mitte Berlins begleite, sind in der Regel beeindruckt und stellen dann wohl die naheliegende Frage: „And what about us?“ Damit wird unmittelbar deutlich, dass es in der in mancher Hinsicht als einzigartig zu bezeichnenden Erinnerungslandschaft der deutschen Hauptstadt eine Lücke gibt. Diese Lücke ist klaffend und unübersehbar, wenn man einmal dafür sensibilisiert ist. Freilich trifft dies für den Großteil des Publikums nicht zu.

Der deutsche Kolonialismus ist im öffentlichen Bewusstsein so wenig präsent, dass noch Anfang 2020 ein ehemaliger Außenminister sagen konnte, Deutschland sei kolonial wenig belastet und könne daher eine Vermittlungsrolle etwa in Libyen spielen. Die Episode belegt einmal mehr, dass die Periode der deutschen Kolonialherrschaft nach Phasen der aggressiven Kolonialpropaganda und auch noch des Kolonialrevisionsismus in den 1920er und 1930er Jahren nach 1945 einer Amnesie verfallen ist. Koloniale Amnesie bedeutet nicht, dass die koloniale Vergangenheit völlig aus dem kognitiven Bereich ausgeschieden wäre. Sie

wird seit einigen Jahren sogar verstärkt erforscht und dementsprechend gibt es in einer Fachöffentlichkeit auch Wissen darüber. Dieses Wissen wird freilich im öffentlichen Diskurs allenfalls episodenhaft thematisiert.

Bruchstellen kolonialer Amnesie

Seit 2004, als der hundertste Jahrestag des Völkermords in Namibia und kurz darauf des Maji-Maji-Krieges in Ostafrika erstaunlich viel Aufmerksamkeit auch in Deutschland erregten, hat es immer wieder solche Episoden gegeben. In erster Linie standen sie im Zusammenhang mit der Repatriierung deportierter menschlicher Überreste an Namibia, vor allem von der Charité. Dies geschah 2011, 2014 und 2018, jeweils unter großer Medienöffentlichkeit. Die Repatriierung 2011 wurde von einer großen namibischen Delegation begleitet, der zahlreiche Nachfahren von Opfern des Völkermordes angehörten. Es entstanden Beziehungen mit Angehörigen der deutschen Zivilgesellschaft und besonders auch der Afro-Deutschen Gemeinschaft. In den folgenden Jahren entwickelte sich aus wiederholten Besuchen ein Aktionszusammenhang. Als Ovaherero und Nama in ihrer traditionellen Kleidung und mit der Forderung nach eigenständiger Vertretung bei den seit 2015 laufenden Regierungsverhandlungen zwischen Namibia und Deutschland auf einer Demonstration durch die Straße Unter den Linden zogen, vorbei am Reiterstandbild des Alten Fritz, bedeutete dies eine neuartige, unmittelbare Form postkolonialer Präsenz im Herzen von Berlin.

Von der Marginalisierung ins Zentrum

Ein solches singuläres Ereignis hat freilich keine dauerhafte Wirkung auf die Berliner Erinnerungslandschaft. Sucht man dort nach Verweisen auf die koloniale Vergangenheit Deutschlands in Afrika, so wird man genau an zwei Stellen fündig. Diese Stellen befinden sich am Rand öffentlicher Aufmerksamkeit. Der Fund gelingt nur aufgrund genauer Information und Sensibilisierung. Viele Passant*innen werden auf der Westseite der Wilhelmsstraße die schmale Stele übersehen, die dort an die Berliner Afrika-Konferenz erinnert. Sie steht vor dem authentischen Ort, wo einmal das Reichskanzler-Palais stand. Auch gibt sie Auskunft über das Geschehene. Allerdings ist sie völlig unauffällig, und nur diejenigen werden sie finden, die ausdrücklich danach suchen. Das auf private Initiative 2005 aufgestellte Denkmal kann den Ort also zwar markieren, es stellt aber keine Intervention in den Straßenraum dar, die aktiv zum Innehalten und Nachdenken auffordern würde. Ohne einen speziellen Hinweis laufen die Leute daran vorbei. Noch klarer ist dieser Sachverhalt beim Afrika-Stein auf dem Neuen Garnisonsfriedhof. Dieser durch seine teils bombastisch kriegerisch gestalteten Grabstätten an sich bemerkenswerte Ort ist heute den meisten eher durch die am Rand, am Columbiadam gelegene Moschee geläufig. Den Afrika-Stein finden nur Kundige an der entfernten Friedhofsmauer. Es handelt sich im Kern um einen Gedenkstein für im Namibischen Krieg 1903-08 gefallene deutsche

Soldaten, zusätzlich mit einem Aufsatz zum Gedenken an das Afrika-Korps im Zweiten Weltkrieg. Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Bezirksamt Neukölln wurde 2009 vor diesen Stein eine Platte gelegt, die den Umriss Namibias zeigt und an den Krieg von 1903-08 erinnert, allerdings auf amtliche Weisung ohne den Völkermord zu benennen.

Beide Orte werden für öffentliche Ereignisse genutzt: Alljährlich Ende Februar findet seit 2006 hier der Gedenkmarsch zur Erinnerung an die afrikanischen Opfer von Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus statt. Die Auseinandersetzung um die Änderung des diskriminierenden Namens „Mohrenstraße“, die hier auf die Wilhelmsstraße trifft, ist eng mit diesen Aktivitäten verbunden. Am Afrika-Stein finden vor allem bei Besuchen aus Namibia zeremoniell ausgestaltete öffentliche Ereignisse statt.

Die zentrale Erinnerungslandschaft Berlins wird dadurch so wenig verändert wie durch den seit längerem institutionalisierten Ausbau des Afrikanischen Viertels zum postkolonialen Erinnerungsort. Ein angemessenes Denkmal wurde 2016 im Koalitionsvertrag für den Berliner Senat erstmals vorgesehen, allerdings vorbehaltlich einer Koordinierung mit der Bundesebene. Eine Realisierung steht demnach aus. Die Dringlichkeit eines solchen Vorhabens besteht ungeachtet der institutionellen Hürden, solange der staatlichen Prägung der Erinnerungslandschaft zumal an zentralen Stellen der Hauptstadt Bedeutung zugemessen wird. Angesichts zurückliegender Debatten, etwa

über den Gedenkort an der Neuen Wache sowie aktuell über das aus postkolonialer Sicht schwer belastete Humboldt-Forum im nachgebauten Berliner Schloss verspricht ein Denkmalsprojekt auch eine öffentliche Auseinandersetzung, die weiter dazu beitragen kann, die noch immer vorherrschende koloniale Amnesie zumindest zu relativieren.

Über den Autor:

Reinhart Kößler ist Sozialwissenschaftler und lebt in Berlin im Ruhestand. Zuletzt war er Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg i.B. Langjährige Beschäftigung mit namibisch-deutscher Erinnerungspolitik, u.a. *Namibia and Germany. Negotiating the Past* (2015); *Völkermord- und was dann? Die Politik der deutsch-namibischen Vergangenheitsbearbeitung* (2017, mit Henning Melber).

Berlin dekolonisieren. Das Afrika-Haus präsentiert die Dauerausstellung „Berlin - ein postkolonialer Gedächtnisraum“

Von Joachim Zeller

Wer war Georg Adolf Christiani? Wohl wenige könnten diese Frage beantworten, selbst Fachleute würden vermutlich nur mit der Achsel zucken. Doch jetzt gibt es die Möglichkeit, sich über diesen Menschen und die mit ihm verbundene Geschichte zu informieren. Möglich ist dies im Afrika-Haus in der Bochumer Straße im Stadtteil Moabit der Bundeshauptstadt. Dort ist seit kurzem die Ausstellung „Berlin - ein postkolonialer Gedächtnisraum“ zu sehen. Gewidmet ist sie Georg Adolf Christiani. Nach allem was bekannt ist, war er der erste Afrikaner, der nachweislich in Berlin gelebt hat. Mit dem Namen Ebnu kam er im Jahr 1678 nach Berlin und wurde 1681 in Spandau auf den Namen Georg Adolf Christiani getauft. Nicht auszuschließen ist, dass Ebnu aus dem heutigen Ghana stammte, wo im Jahr 1683 die kurbrandenburgisch-preußische Stützpunktkolonie Großfriedrichsburg gegründet wurde. Damit sind die beiden zentralen Themen der neu eingerichteten Ausstellung benannt, nämlich die afrikanische Diaspora in Berlin und der deutsche Kolonialismus, der weiter zurückreicht, als dies gemeinhin bekannt ist.

Das Afrika-Haus ist ein interkulturelles Begegnungszentrum, in dem Konzerte, Lesungen, Vorträge, Konzerte, Ausstellungen und

Theateraufführungen veranstaltet werden, rund um die Geschichte, Politik, Literatur und Philosophie Afrikas sowie die afrikanisch-europäischen Beziehungen. Gegründet wurde es von Oumar Diallo, der aus dem westafrikanischen Guinea stammt. Träger des mittlerweile seit über 25 Jahren bestehenden Afrika-Hauses (www.afrikahaus-berlin.de) ist der ebenfalls von Oumar Diallo ins Leben gerufene gemeinnützige Verein Farafina e.V. Der Name Farafina bedeutet in der Sprache der grenzüberschreitenden westafrikanischen Sprache Malinke ‚Afrika‘. Das Wort steht für die Gemeinschaft im Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen. So versteht sich der Verein als Mittler zwischen Menschen verschiedener Herkunft, Sprache und Kultur. Der Fokus des Afrika-Hauses richtet sich auf Integration, entwicklungspolitische und transkulturelle Bildungsarbeit. Farafina setzt sich besonders auch für Empowerment der Menschen mit afrikanischen Wurzeln, Toleranz und gesellschaftliche Teilhabe ein und engagiert sich gegen jegliche Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Das neueste Projekt des Afrika-Hauses ist die im Jahr 2019 eröffnete Dauerausstellung zur deutschen Kolonialgeschichte, mit dem besonderen Fokus auf die (post-)koloniale Metropole Berlin. Die auf großen Stelltafeln präsentierte, sich an ein breites Publikum richtende Ausstellung spannt einen Bogen von mehreren hundert Jahren. Den Beginn markieren die frühen, von deutscher Seite unternommenen Expansionsversuche nach Übersee. Dazu gehört die Statthalterschaft

der Welser im heutigen Venezuela im Jahr 1528. Diese frühneuzeitliche Expansionsgeschichte Europas in der Folge der portugiesischen Erkundungsfahrten entlang der afrikanischen Westküste unter Heinrich dem Seefahrer und der „Entdeckung“ Amerikas durch Christopher Kolumbus im Epochenjahr 1492 führte zu dem, was heute (koloniale) Globalisierung vor der Globalisierung genannt wird. Im Verlauf dieses Prozesses kam es zur Durchsetzung des europazentrischen kapitalistischen Weltmarktes und der transatlantischen Erweiterung des Handels mit versklavten Afrikaner*innen.

Dazu gehört der erste kurbrandenburgisch-preußische Kolonisationsversuch, der Ende des siebzehnten Jahrhunderts unter Kurfürst Friedrich Wilhelm an der westafrikanischen Küste unternommen wurde. 1682 waren die ersten, unter dem roten Adler der Hohenzollern segelnden Schiffe an der so genannten Goldküste gelandet. Über seine Kolonie Großfriedrichsburg beteiligte sich Brandenburg-Preußen nicht nur am Handel mit Gold und Elfenbein, sondern auch mit Sklav*innen. Um die 20.000 versklavte Menschen soll die Brandenburgisch-Africannische Compagnie nach Amerika verschifft haben, eine Tatsache, die Preußen-Fans mitunter nur ungern zur Kenntnis nehmen. Der bei Princes Town im heutigen Ghana liegende vollständig erhaltene Festungsbau Großfriedrichsburg gehört heute als Mahnmal zum Weltkulturerbe der Unesco.

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf der Zeit der Überseeherrschaft des wilhelminischen Kaiserreichs (1884/85 - 1918/19).

Die Besucher*innen können sich darüber informieren, dass das Deutsche Reich von 1871 durch seine expansive Politik nicht mehr nur eine kontinentale Großmacht, sondern gar eine „Weltmacht“ zu sein beanspruchte. Das deutsche Kolonialprojekt war wie der europäische bzw. angloamerikanische Kolonialimperialismus jener Tage durch Weltmachtansprüche, wirtschaftspolitisches Dominanzstreben, nationales Prestige und einen rassistisch-sozialdarwinistisch unterfütterten Überlegenheitsdünkel gegenüber dem „Rest der Welt“ geprägt.

In dem zum Zentrum des deutschen Kolonialimperialismus avancierten Berlin entstand seinerzeit eine Infrastruktur von kolonialen Verwaltungseinrichtungen, wissenschaftlichen Institutionen, Missionsgesellschaften bis hin zu Verbänden der Koloniallobby. Kolonialwarenhäuser boten Erzeugnisse aus den Kolonien zum Verkauf an. Das Völkerkunde-Museum (heute Ethnologisches Museum) der Reichshauptstadt füllte sich – wie viele weitere Museen im Deutschen Reich – mit den in den Kolonien „erworbenen“ Objekten und Kunstwerken.

Natürlich fehlt auch nicht eines der zentralen Ereignisse der deutschen – und darüber hinaus der europäischen – Kolonialgeschichte, das in Berlin stattgefunden hat, nämlich die berühmte Kongo-Konferenz von 1884/85. Auf ihr wurden die völkerrechtlichen Modalitäten zur Aufteilung Afrikas unter den europäischen Kolonialmächten festgelegt. Viele Afrikaner sprechen aus diesem Grund von einer Berlinisation des afrikanischen Kontinents und die Kongo-

Konferenz gilt ihnen als ein Menetekel für die Fremdbestimmung und Ausbeutung ihres Kontinents.

Ein besonderes Anliegen die Ausstellung ist es, die kolonisierten Völker nicht einseitig als Opfer der kolonialen Fremdherrschaft der Weißen zu betrachten, sondern auch ihre Handlungsspielräume und ihren Widerstand hervorzuheben. So wird beispielhaft auf wichtige Aufstände und Befreiungskriege verwiesen, wie den Boxerkrieg in China (1900/01), den Deutsch-Herero-Krieg und Deutsch-Nama-Krieg in Deutsch-Südwestafrika (1904-08), den Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika (1905-07), die Mpa-wmanku-Kriege in Kamerun (1904) oder die Sokeh-Rebellion auf Ponape (1910/11). Sie alle zeugen von dem Ringen um Identitätsbehauptung und dem Willen der kolonisierten Völker, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln.

Nicht zuletzt wird die Geschichte der afrikanischen Diaspora beleuchtet, die auch auf Grund des kolonialen Engagements des Deutschen Reiches entstand. Einer der berühmtesten Persönlichkeiten unter den Schwarzen Berlinern war der aus Douala/Kamerun stammende Martin Quane a Dibobe. Er arbeitete einige Jahre als Zugführer bei den Berliner Verkehrsbetrieben. 1919 wandte er sich in einer an die Weimarer Nationalversammlung gerichteten Eingabe gegen den Bruch der Völker- und Menschenrechte in den deutschen Überseegebieten. Er und seine Mitstreiter forderten „Gleichberechtigung und Selbstständigkeit“ für die Menschen in und aus den deutschen

Kolonien. Die Dibobe-Petition gilt heute als eines der ersten Dokumente des kollektiven Widerstands der afrikanischen Diaspora in Deutschland gegen Kolonialismus und Rassismus.

Mit dem Ersten Weltkrieg und dem Vertrag von Versailles, als das Deutsche Reich zwangsweise dekolonisiert und gewissermaßen zu einer postkolonialen Nation in einer immer noch kolonialen Weltordnung wurde, ist die Ausstellung keinesfalls beendet. Sie wird fortgesetzt mit der Geschichte des Kolonialrevisionismus in den 1920er und 1930er Jahren. Die verlorengegangenen Kolonien blieben noch lange Gegenstand schweifender Phantasien und nostalgischer Verklärung. Der sich in den 1920er Jahren formierende „Kolonialismus ohne Kolonien“ sollte den Status- und Machtverlust kompensieren, den die Deutschen hatten hinnehmen müssen.

Brandaktuelle Themen, wie die Initiativen zur Umbenennung kolonialer Straßennamen, die Repatriierungen von menschlichen Gebeinen an die vormaligen Kolonien, die Rückgabe von Objekten aus naturkundlichen Sammlungen bis hin zu der gegenwärtig kontrovers geführten Debatte um die koloniale Raubkunst im zukünftigen Humboldt Forum in Berlin-Mitte runden die Präsentation ab. Dem Humboldt Forum kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, ist es doch der postkoloniale Ort in Deutschland, der im Entstehen begriffen ist. Folgt man den Verlautbarungen der Verantwortlichen, so handelt es sich bei dem Vorhaben um das „wichtigste kulturpolitische Projekt

in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts“. Nicht weniger als ein „Weltkultur-museum“ neuen Formats, ein „Ort des Dialogs der Kulturen der Welt“ soll entstehen. Die Ausstellung im Afrika-Haus schließt sich dagegen der in den letzten Jahren geäußerten Kritik an und nimmt eine klare Position zum Humboldt Forum ein: In dieser feudalistischen Herrschaftsarchitektur des rekonstruierten Stadtschlusses könne man keine „ethnologischen Objekte“ ausstellen, die koloniale Gier in die vormalige „Kolonialmetropole“ Berlin gebracht hat. Gefordert werden Restitutionen von Kulturgütern aus Afrika und anderen Kontinenten.

Oumar Diallo gehört mit seinem mittlerweile zur Institution gewordenen Afrika-Haus zu jenen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die ihren Beitrag dazu leisten wollen, die Dekolonialisierung Berlins voran zu bringen. Er verweist darauf, dass eine wirkliche Dekolonialisierung, die den Namen verdient, neben den politischen und sozialökonomischen Prozessen auch Wissensarchive und Mentalitäten umfasst, um nicht zuletzt den „kolonialen Blick“ auf Afrika zu überwinden. Erreicht werden kann dies nur durch ein dialogisches Erzählen, eine inklusive Geschichtsschreibung und integrativ geprägte Erinnerungskultur, die die Stimmen der Opfer und Täter und ihrer Nachfahren, von Weißen und Schwarzen, einschließt. Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit bietet nicht zuletzt den Anlass dafür, über das Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft als Migrationsgesellschaft nachzudenken. Die Widerstände dagegen

sind allenthalben wahrzunehmen, und zwar nicht nur vonseiten der rechtspopulistischen und -extremistischen AfD, die einen regelrechten Kulturkampf gegen ein weltoffenes, liberales Kulturleben führt.

Davon abgesehen ist in der Bundeshauptstadt – wie in anderen Städten Land auf Land ab – einiges in Bewegung gekommen. Im August 2019 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus, die „Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts zur Geschichte und zu den Folgen des Kolonialismus des Landes Berlins“ auf den Weg zu bringen. Zum anderen ist Anfang des Jahres 2020 eine auf die Dauer von fünf Jahren angelegte „Initiative für postkoloniales Erinnern in der Stadt“ gestartet worden. Geplant sind Ausstellungen, Veranstaltungen, Festivals und künstlerische Interventionen im Stadtraum sowie eine Web-Kartierung kolonialer Orte in Berlin, in Deutschland und in den vormaligen deutschen Kolonien. Koordiniert werden sollen die Vorhaben durch das zivilgesellschaftliche Bündnis „Decolonize Berlin“. Senat und Bund werden für das Projekt zusammen 3 Millionen Euro zur Verfügung stellen. In Zusammenarbeit mit dem Bund strebt die Landesregierung auch die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte als Lern- und Erinnerungsort an und die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhoek soll weiter ausgebaut werden.

Der Aktivist Oumar Diallo wird sich weiter in dieser Sache engagieren. Er will die Herausforderungen in unserer globalisierten Welt annehmen und hält es mit dem Motto,

das Johann Wolfgang von Goethe in einem Briefwechsel mit Friedrich Schiller treffend ausdrückte: *„Jeden Tag erwarte ich einen neuen Weltbürger in meinem Hause, den ich doch gerne freundlich empfangen möchte.“* Goethe erwartete die Weltbürger in seinem Hause in Weimar, Oumar Diallo empfängt sie in seinem Berliner Afrika-Haus.

Über den Autor:

Joachim Zeller, Dr., Historiker in Berlin.
Zuletzt erschien von ihm: „Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit“ (Mitherausgeber, 2018, 2. Aufl. 2020)

Das Humboldt-Forum im Berliner Schloss – Ein Symbol des Fortwährens kolonialer und absolutistischer Herrschaft

Von Ingolf Seidel

Am 12. Juni 2013 erfolgte die Grundsteinlegung des Humboldt-Forums in Berlin, gelegen an einer Achse der Stadt, die vom Brandenburger Tor bis an die Museumsinsel reicht. Einer Achse, deren Ursprung im kurfürstlichen Reitweg Johann Georgs aus dem Jahr 1573 zu finden ist, der mit dem Weg den nahegelegenen Tiergarten mit dem Stadtschloss, der Residenz der Hohenzollern, verbinden wollte. Seinen etwas mickrigen Charakter verlor dieser Weg, als er zuerst von Friedrich I. zu einer Magistrale ausgebaut wurde. Aus ihr wurde eine Allee mit Linden, an der die Akademien der Künste sowie der Wissenschaft gebaut wurden und die in der westlichen Verlängerung bis zum Charlottenburger Schloss reichte.

Einen weiteren Ausbau erfuhr die Straße ab dem Jahr 1740 durch Friedrich II., der das Palais des Prinzen Heinrich, späterer baulicher Ausgangspunkt für die Humboldt-Universität, das Opernhaus, die St. Hedwigs-Kathedrale und die Königliche Bibliothek in errichten ließ. Aus der Zeit dieses preußischen Königs stammt auch das Brandenburger Tor, mit dem der Klassizismus als hegemonialer preußischer Baustil Einzug hielt.

Die Reihe lässt sich fortsetzen über den dritten Friedrich, der Karl Friedrich Schinkel den östlichen Teil der Achse gestalten ließ, wozu das noch heute stehende

Reiterstandbild von Friedrich, der gerne der Große genannt wird, gehört. Die Straße Unter den Linden steht also für eine monarchistische Tradition par excellence. Die Nationalsozialisten haben schließlich noch eine Verlängerung bis zur Schlossbrücke hinzugefügt. An der Kontinuität änderte die 1947 erfolgte Umbenennung des Kaiser-Franz-Joseph-Platzes, Ort auch der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen, in Bebelplatz wenig. Eine Chance mit dieser Tradition und dem ihr innewohnenden Nationalismus symbolisch zu brechen wurde im Zuge des Wettbewerbs um die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas vertan. Der Künstler Horst Hoheisel hatte als Teil seines Wettbewerbsbeitrages vorgeschlagen das Brandenburger Tor zu zermahlen und die Überreste auf dem dann ehemaligen Grundriss zu verstreuen. Für Hoheisel war damit die Frage verbunden, ob sich Deutschland angesichts der Shoah von einem herausragenden nationalen Symbol verabschieden würde. Das Ergebnis ist bekannt.

Eine zweite Möglichkeit des Bruchs wird mit dem Wiederaufbau des Stadtschlusses, auch bekannt als Berliner Schloss, nicht nur vergeben. Vielmehr wird hier eine Tradition von Gewaltgeschichte erneuert, die mit der Straße und dem historischen Ort des Schlosses verbunden ist. Manifest wird dies in der baulichen Ausführung. So heißt es auf der Webseite des Projekts „Humboldt Forum im Berliner Schloss“ im Entwurf des Architekten Franco Stella würden sich „historische Schönheit auf selbstverständliche Weise

mit der Gegenwart, gestalterisch, technisch und städtebaulich“ verbinden. In der Tat. Nur wird der architektonische Problemcharakter des ehemaligen Barockbaus, der für absolutistische Herrschaft steht, außer Acht gelassen.

Auch das Konzept des Humboldt-Forums will solche Traditionslinien fortführen. So sollen „die Visionen der ehemaligen Berliner Kunstkammer im Berliner Schloss wieder spürbar“ werden, heißt es auf der Webpräsenz. Angeknüpft wird explizit an die fürstlichen Kunst- und Wunderkammern mit einer Idee, die Geschichte nicht als diskontinuierlich im Sinne Walter Benjamins fasst oder die eine kritische Auseinandersetzung statt Rekonstruktion erfordert, sondern indem Historie emotionalisiert und ideologisiert wird.

Ab der geplanten Eröffnung im Jahr 2021 – der Eröffnungstermin ist durchaus fraglich – sollen im Humboldt-Forum Dauer- ausstellungen der Sammlungen des Ethnologischen Museums, des Museums für Asiatische Kunst (Staatliche Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz), die Berlin Ausstellung (Stadtmuseum Berlin und Kulturprojekte Berlin) und das Humboldt Labor (Humboldt-Universität zu Berlin) gezeigt werden. Zusammen mit der Museumsinsel soll eine einzigartige „Konzentration an Objekten und Kunstwerken“ geschaffen werden. Die Gewalt- und Kolonialgeschichte findet auf der Webseite keine Erwähnung. Stattdessen ist die Rede davon, dass im Berliner Stadtschloss „einheimische wie nicht-europäische Objekte aus Natur

und Kunst, Wissenschaft und Geschichte mehrere Räume“ füllten. In ihnen sollten die weißen Besucher*innen „die gesamte Welt durch das Betrachten, Ordnen oder Ausprobieren der unterschiedlichen Sammlungsgegenstände ergründen können“. Die Provenienz der gezeigten Objekte, die vielfach Raubgut aus der Kolonialzeit sind, wird schlicht ausgeblendet.

Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, hat bereits 2011 das Nutzungskonzept unter dem Titel „Das Humboldt-Forum: Soviel Welt mit sich verbinden als möglich“ vorgestellt. Auf die Forderung nach einem Moratorium wie sie von der Initiative No Humboldt 21! formuliert wurde gingen weder Parzinger, noch der Bund oder das Land Berlin, als Finanzgeber ein. Dabei ist schon der Name der Stiftung, der Parzinger vorsteht fragwürdig. Handelt es sich bei Raubgut um preußischen Kulturbesitz bzw. wie rassistisch ist eine Kultur, die sich darauf bruchlos beruft?

Im Dezember 2017 wandten sich Mnyaka Sururu Mboro und Christian Kopp für Berlin Postkolonial in einem offenen Brief an Angela Merkel, der von 60 Initiativen und Verbänden unterzeichnet wurde. Sie orientierten sich am Beispiel des französischen Präsidenten Macron, der unter dem Eindruck der kritischen Debatte formuliert hatte, eine „zeitweilige oder dauerhafte Rückgabe des afrikanischen Erbes“ zu ermöglichen. Ähnliches wird von der Bundeskanzlerin erwartet. Mboro und Kopp zeigen die Problematik auf, dass „nicht nur französische Museen und Privatsammlungen im

Zuge der Kolonisierung in den Besitz von hunderttausenden Kulturobjekten und von zehntausenden menschlichen Gebeinen aus allen Regionen Afrikas gekommen (sind, IS). (...) Die Menge an menschlichen Gebeinen aus Afrika ist so groß, dass die Museen angeblich auch 100 Jahre nach ihrer Aneignung noch immer nicht ermitteln konnten, von wo und auf welche Art und Weise sie in die Sammlungen gelangt sind.“ Die Reaktion von Hermann Parzinger auf diesen Brief war eindeutig und überheblich. Er unterstellt in einem Artikel in der FAZ vom 25. Januar 2018 der Initiative fehlendes Verständnis der „Komplexität von Provenienzforschung“ und versteigt sich sogar zum Vorwurf des „Populismus“. Mboro und Kopp antworten in einem Debattenbeitrag auf der Webseite von No Humboldt 21 ! indem sie Parzinger „postkolonialen Hochmut“ vorwerfen und seine Haltung auf den Punkt bringen: „Hermann Parzingers Beitrag macht deutlich, dass der Stiftungspräsident gar keine Vorstellung von der historischen Verantwortung hat, die auf seinen Schultern liegt.“

Es ist nicht anzunehmen, dass, nachdem die Kritik an der Rekonstruktion des Stadtschlusses und am Humboldt-Forum über Jahre ignoriert wurde, das Projekt zu diesem späten Zeitpunkt noch grundsätzlich infrage gestellt wird. Gleichzeitig ist zu erwarten und zu befürchten, dass es ein Publikumsmagnet, auch für Klassenfahrten wird. Lehrkräften ist statt eines Besuches zu empfehlen die Angebote von [Berlin Postkolonial](#) in Anspruch zu nehmen, zu denen auch Stadtführungen durch Berlin-Mitte und das

sogenannte „Afrikanische Viertel“ im Bezirk Wedding gehören. Auch ein Besuch im Afrika-Haus , dessen Ausstellung in diesem LaG-Magazin vorgestellt wird, bietet eine andere Perspektive.

Kolonialismus-Debatte

Von Lucas Frings

Im Format „Aus Politik & Kultur“ versammeln Olaf Zimmermann und Theo Geißler seit 2018 Beiträge der gleichnamigen Zeitung des Deutschen Kulturrates, zu monothematischen Bänden. Ein knappes Jahr vor der geplanten Eröffnung des Humboldt-Forum erschien im Oktober 2019 Ausgabe 17 „Kolonialismus-Debatte: Bestandsaufnahme und Konsequenzen“. Die 59 Zeitungsbeiträge, zwischen 2016 und 2019 in „Politik & Kultur“ erschienen, widmen sich der Geschichte und den Nachwirkungen des Kolonialismus sowie der Rolle der Museen, insbesondere des Humboldt-Forums (dazu auch Ingolf Seidels Beitrag in diesem Heft) in dieser Debatte.

Die Texte des ersten Kapitel „Kolonialismus – Postkolonialismus – Dekolonisation“ bestehen überwiegend aus Forderungen und Vorschlägen, wie mit dem kolonialen Erbe insbesondere im Museumskontext umgegangen werden kann.

Von mehreren Autor*innen werden dabei eine Einbindung und Einmischung der Zivilgesellschaft, eine Stärkung der Provenienzforschung, eine weltweit zugängliche Datenbank der Objekte samt Provenienz und die Restitution von Kulturgütern gefordert. Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz bezeichnen dabei die Debatte um Museumsbestände als Katalysator für eine Beendigung kolonialer Tradition durch eine politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung afrikanischer Länder.

Auch im Bezug auf das Humboldt-Forum gibt es Vorschläge, etwa ein Gedenken an die Opfer des Kolonialismus im Humboldt-Forum in Hermann Parzingers angedachtem Zehn-Punkte-Plan oder Jürgen Zimmerers Idee das Forum, entsprechend des Raubcharakters der Benin-Bronzen, in „Benin-Forum“ umzubenennen. Neben den oft sehr kurzen Texten wirken Gabriele Schulz' Zusammenfassung der Bundestagsdebatte zu Sammlungsgut, Kirsten Kappert-Gonthers Beitrag zur aktuellen Kolonialismusdebatte oder Brigitte Freiholds Forderung nach einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung der Kolonialzeit mit zwei bis vier Seiten schon lang.

Im zweiten Kapitel rücken die Museen in den Blickpunkt. Wiebke Ahrndt und Theresa Brüheim besprechen die 2018 und 2019 erschienen Leitfäden des Deutschen Museumsbunds zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Im aktualisierten Leitfaden wurden dabei die Empfehlungen zu Provenienzforschung, Digitalisierung und Zusammenarbeit mit Herkunftsgesellschaften um die Perspektiven von Expert*innen aus letzteren erweitert. Dabei werden die klassischen Museumsaufgaben Sammeln, Bewahren, Forschen, Vermitteln um Rückgabe erweitert, die Verpflichtung bei rechtlich oder ethisch nicht vertretbarer Erwerbungs geschichte, soweit gewünscht, Sammlungsteile an die Herkunftsgesellschaften zurückzugeben.

Dieser Aspekt spielt vor allem für ethnologische Museen und Sammlungen eine Rolle, deren Geschichte und Lage in weiteren

Texten thematisiert wird.

Mit der Verbindung von Kolonialismus und christlicher Mission setzt sich das spannend aufgebaute dritte Kapitel auseinander. Auf Texte zur Geschichte dieser wechselseitigen Beziehung folgen Interviews mit den Leitern des Evangelischen und des Berliner Missionswerks und der Leiterin eines ehemaligen Missionskollegs, in denen nach der heutigen Definition von Mission und dem Umgang mit der historischen Verantwortung gefragt wird.

In vier weiteren Beiträgen wird das Handeln, die Nachwirkung und ethische Vertretbarkeit von christlicher Mission in China und Tansania diskutiert, allerdings nur in einem Text wirklich kritisch kommentiert. In vielen Texten bereits zuvor implizit und explizit verhandelt, widmet sich das vierte Kapitel ausschließlich dem „Ringeln um das Humboldt Forum“. Unter anderem mit dem ehemaligen Direktor des British Museum Neil MacGregor, Kulturstaatsministerin Monika Grütters und dem Chefkurator der Berlin-Ausstellung im Humboldt-Forum Paul Spies kommen an dieser Stelle mehrere Schwergewichte deutscher und internationaler Kulturpolitik zu Wort. Mehrere der Autor*innen sind in die Konzeption des Humboldt-Forums maßgeblich eingebunden, so dass der Blick auf das Großprojekt zuerst deutlich weniger kritisch als in den vorherigen Kapiteln ausfällt. Nichtsdestotrotz weisen im zweiten Teil des Kapitels mehrere Beiträge auf die anfänglich zurückhaltende Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe hin. Zum Schluss der Publikati-

on werden die Vorschläge zum Umgang mit kolonialem Sammlungsgut des Deutschen Kulturrats und der Kultusminister*innen von Bund und Ländern dokumentiert und nebeneinandergestellt, die inhaltlich den Forderungen im ersten Kapitel ähneln.

Die Herausgeber legen mit „Kolonialismus-Debatte. Bestandsaufnahme und Konsequenzen“ eine umfangreiche Vielstimmigkeit von Perspektiven auf Sammlungspraxen und Museumskonzeption vor. Die Veröffentlichung bietet sehr unterschiedlichen Autor*innen eine Plattform, was in der Kontrastierung zum einen die inhaltlichen Argumente vermittelt, zum anderen auch die politischen Standpunkte deutlich macht. Der Raum für geschichts- und kulturpolitische Forderungen aus verschiedenen Disziplinen und Hintergründen im ersten Kapitel wird der Debatte gerecht, deren Sammlung ist eine Stärke des Bandes. Ob zu Kontroversität auch gehört, dass Marc Jongen von der AfD einen kurzen Text schreiben und die Agenda seiner Partei verbreiten kann, darf angezweifelt werden. Wo hingegen auch eine Diskussion gelingt, wie im vierten Kapitel, bietet die Publikation einen weiteren Mehrwert für die Leser*innen.

Zimmermann, Olaf/ Geißler ,Theo: Kolonialismus-Debatte: Bestandsaufnahme und Konsequenzen (Aus Politik & Kultur 17), Berlin 2019. Die Publikation kann auf der Seite des Deutschen Kulturrats kostenlos [heruntergeladen](#) werden.

Black Berlin

Von Lucas Frings

In ihrem Sammelband haben Oumar Diallo, Geschäftsführer des Afrika-Hauses in Berlin, und der Historiker Joachim Zeller 30 Beiträge zur Geschichte afrikanischen und afrodeutschen Lebens in Berlin zusammengebracht. Die Texte von Künstler*innen, Afrikanist*innen, Schriftsteller*innen, Historiker*innen und Aktivist*innen teilen sich zum einen chronologisch in Kapitel zu Menschen afrikanischer Herkunft bis 1918, afrikanisches Leben zwischen 1918 und 1945 und afrodeutscher Geschichte nach 1945 sowie Porträts Schwarzer Deutscher. Neben Artikeln, die einen Überblick über einen bestimmten Zeitabschnitt geben, finden sich viele Biographien, Vorstellungen von Initiativen und Vereinen oder Texte über aktuelle politische Debatten. Nicht alle können an dieser Stelle Berücksichtigung finden.

Joachim Zeller nimmt im ersten Beitrag die Berlin-Brandenburgische Kolonialgeschichte von der Gründung der Stützpunktkolonie Großfriedrichsburg im heutigen Ghana 1683 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in den Blick. Die ersten Afrikaner in Berlin – zumeist verschleppt – wurden als Militärmusiker eingesetzt. Ende des 19. Jahrhunderts kamen weitere PoC nach Deutschland, als Bedienstete und Künstler*innen, aber auch zur Ausbildung.

Insbesondere für die exotisierend-rassistischen Völkerschauen wurden in den Kolonien Darsteller*innen angeworben. Zeller trägt eine Vielzahl von Zeugnissen des

afrikanischen Diasporaleben zusammen und benennt insbesondere Momente der Selbstbestimmung, wie J.C. Nayo Bruce aus Togo, der mit einer eigenen Völkerschau durch Europa reiste, die Weigerung von Herero und Nama auf der „Ersten Deutschen Kolonialausstellung“ 1896 in stereotypisierenden Trachten aufzutreten oder die mögliche Begründung der Berliner Kaffeehauskultur durch einen Monsieur Olivier.

Als Kontrast zur Arbeit im Dienstleistungsbereich und in künstlerischen Feldern ist Holger Stoeckers Beitrag über afrikanische Sprachlektoren interessant. Wenn auch zahlenmäßig eine kleine Gruppe, nahmen sie an Universitäten und Kolonialinstituten mit ihrer guten Ausbildung und umfangreichem Kenntnis afrikanischer Sprachen eine wichtige Rolle ein. Dennoch erfuhren sie trotz Anerkennung auch Diskriminierung am Arbeitsplatz und wurden erst recht ab 1933 zu Studienobjekten degradiert. Stoecker ist es gelungen, eine Reihe von Biographien der Lektoren zu recherchieren. Auch wenn sie in der Regel nach wenigen Jahren in ihr Herkunftsland zurückgeschickt wurden, blieben einige länger in Deutschland, manche von ihnen überlebten sogar den Nationalsozialismus, wie Bonifatius Folli aus Togo, dem 1939 aus Furcht vor „deutschlandfeindlicher Propaganda“ (S.80) die Ausreise verweigert wurde.

Eine Übersicht über den zweiten zeitlichen Block, 1918-1945, gibt Marianne Bechhaus-Gerst. Durch den Verlust der deutschen Kolonien wurde die Lage von Afrikaner*innen, insbesondere Arbeitslosen, in Berlin

prekärer. Zum Teil wurden ihnen ihr Status als „Deutscher Schutzbefohlener“ aberkannt und versucht sie in ihr Herkunftsland abzuschicken, wo jedoch die neuen Kolonialmächte sie als Deutsche, die zum Teil im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten, diskriminierten. Die verbleibenden afrikanischen und Schwarzen Deutschen politisierten sich zunehmend und waren in Gruppen wie der „Liga gegen die Kolonialgreuel und Unterdrückung“ organisiert. Spannend ist, wie Bechhaus-Gerst die ambivalente Haltung des nationalsozialistischen Regimes ihnen gegenüber aufzeigt. Einerseits wurde ihnen viele Rechte, wie Reisen ins Ausland oder dauerhafter Aufenthalt, abgesprochen. Andererseits wurden sie im Hinblick auf eine mögliche Rückgewinnung der Kolonien von rassistischer Agitation ausgenommen; eine systematische Verfolgung fand nicht statt. Nach anfänglichem Ausschluss vom Arbeitsmarkt konnten Schwarze Deutsche und Afrikaner*innen in Berlin in „Afrika-Schauen“ und Filmen eine Anstellung finden. Die nationalsozialistischen Machthaber erlaubten dies, auch weil durch eine Beaufsichtigungspflicht der anstellenden Unternehmen eine gewisse Kontrolle sichergestellt war.

1986 erschien der Sammelband „Farbe bekennen“, zur Geschichte schwarzer Menschen in Deutschland und mit biographischen Beiträgen afrodeutscher Frauen. Jeannine Kantara bezeichnet die Veröffentlichung als eines der zentralen Ereignisse des „Berliner Frühlingserwachen“ (S.165), zu dem auch die Gründung der „Initiative Schwarze Deutsche“ (ISD) in Hessen und

im Jahr darauf die Herausgabe der Zeitung „afro look“ (in der Erstausgabe noch „Onkel Tom's Faust“). In ihrem Beitrag fokussiert Kantara die Gründungszeit der ISD (heute „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland e.V.“) bundesweit und das Zusammenspiel mit „afro look“. In der Zeitung fand sich für viele Menschen ein Raum, um die eigene afrodeutsche Identität zu entdecken und zu verhandeln, zu der auch die Frage nach Begrifflichkeiten gehört: „Sagen wir besser ‚Afrodeutsche‘ oder ‚Schwarze Deutsche‘? Es war eine emotionale und oft hitzige Diskussion.“ Einen festgelegten inhaltlichen Schwerpunkt hatte die Zeitung nicht bzw. dieser änderte sich, Beiträge über afrodeutsche Geschichte oder rassistische Mediendarstellungen fanden sich genauso wie Gedichte oder Texte zur Vernetzung. Eine fehlende Kontinuität in der Redaktion und finanzielle Probleme sorgten jedoch für die Einstellung im Dezember 1999.

Im vierten Kapitel „Schwarze Deutsche. Porträts und Interviews“ werden bis vor kurzem oder heute in Berlin lebende Menschen vorgestellt. Neben der Dichterin May Ayim und dem Herero-Aktivisten Israel Kaunatjike werden acht weitere Berliner*innen in Kurzporträts gewürdigt. Etwa der Musiker Jean Paul Musungay, der im Berliner Afrika Haus auftritt, Assibi Wartenberg, die im Wedding ein Restaurant führt und sich über den von ihr mitgegründeten Deutsch-Togoischen Freundeskreis für eine bessere gesundheitliche Versorgung im Togo einsetzt oder Dawit Shanko, der als Schuhputzer in Addis Abeba aufwuchs, zum Studium nach

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

Literatur

Dresden kam und sich heute mit einem Verein für die Schuhputzer*innen in seiner Geburtsstadt einsetzt.

Im Sammelband „Black Berlin“ kommen Migrations- und Integrationspolitik im damals und heute, das Verhandeln von Identitäten, Rassismus und Diskriminierungen zur Sprache, gepaart mit Einblicken in das Leben von Afrikaner*innen und Schwarzen Deutschen in Berlin. Den Herausgebern ist in der Zusammenstellung der Beiträge ein informativer und gleichsam einfühlsamer Überblick über die gegenseitigen Verbindungen und Einflüsse der Stadt Berlin und ihrer Bewohner*innen gelungen. Perspektiven und Handlungsoptionen der Betroffenen stehen dabei durchgehend im Vordergrund.

Die Quellenlage über die afrikanische Diaspora und das Leben Schwarzer Deutscher in Berlin bis 1945 ist bedauernswerterweise eher dünn, insbesondere im Hinblick auf Selbstzeugnisse. Die Autor*innen dieses Sammelbandes haben dafür bemerkenswert viele Geschichten und Biographien aufbereitet. Einzelne Personen, wie der Zugführer Martin Dibobe, werden in mehreren Beiträgen erwähnt, oftmals allerdings aus unterschiedlichen Perspektiven. Mit dem Bogen vom 17. Jahrhundert zum Blick auf und von Menschen, die weitab von großer Bekanntheit oder Geschichtsbüchern im heutigen Berlin leben, zeigt „Black Berlin“, dass die Stadt eine afrikanische und afrodeutsche Geschichte und Gegenwart hat, die sich äußerst divers gestaltet bzw. von ihren Bewohner*innen mitgestaltet wird.

Diallo, Oumar/ Zeller, Joachim (Hg.): Black Berlin. Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2014. 2.Aufl, 17€.

Lernen aus der Geschichte

Neuengammer Studienhefte. Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus.

Von Tanja Kleeh

In der Reihe der „Neuengammer Studienhefte“ der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ist Anfang 2019 das Heft „Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus. Voraussetzungen – Funktionen – Folgen“ erschienen. Das Studienheft ist in fünf Kapitel unterteilt. Zu Beginn steht die Hinführung zum Thema sowie die Überlegungen der Verfasser*innen, die zur Entstehung der Bildungsmaterialien führten. Angeschlossen sind vier inhaltliche Module, jeweils versehen mit didaktischem Kommentar, Hintergrundinformationen, Aufgaben sowie Materialien. Zum Abschluss des Heftes findet sich ein Glossar.

Aufbau des Heftes

In das Glossar aufgenommen sind Begriffe aus den Modulen eins bis fünf, die einer Erklärung oder Definition bedürfen. Zur besseren Übersicht wurden diese in den Texten mit blauer Schriftfarbe gekennzeichnet. Innerhalb des Glossars sind einzelne Begriffe ebenfalls blau, wodurch Querverweise entstehen. Ein besonders schneller Überblick entsteht hier in der Onlineversion des Studienheftes mittels verlinkter Querverweise. Zu den Glossarinhalten zählen beispielsweise die Rassismusdefinition und die Erläuterung des Kolonialismuskonzeptes. Die Verfasser*innen des Studienheftes schaffen

Empfehlung Unterrichtsmaterial

somit eine einheitliche Arbeitsgrundlage für die Multiplikator*innen. Ebenso wichtig ist die Erläuterung historischer Begrifflichkeiten, wie etwa „Neger“ oder „Mischling“. Diese werden eingeordnet und problematisiert, so dass sensibel mit den bereitgestellten historischen Materialien umgegangen werden kann.

Zielgruppe des Studienheftes sind „Multiplikator*innen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit mit Zielgruppen ab 16 Jahren“ (S.4). Herausgearbeitet werden sollen – wie im Titel bereits deutlich wird – die Verflechtungen zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus. Diesem Aspekt wird, so die Verfasser*innen, bisher in der Bildungsarbeit wenig bis keine Aufmerksamkeit geschenkt. Doch gerade das nationalsozialistische Deutschland als postkolonialer Staat ist von kolonialen Denkmustern beeinflusst gewesen, die „wenngleich in teilweise veränderter Form und mit veränderten Funktionen und Folgen, auch nach 1933 deutsche Selbst- und Fremdwahrnehmung und staatliches Handeln“ (S.4) beeinflussten. Um in der Bildungsarbeit den Zugang zur Thematik zu ermöglichen, werden im Studienheft entsprechend „Impulse zu verflechtungsgeschichtliche[n] Ansätze[n] in der Bildungsarbeit“ und „Anregungen für eine multiperspektivische und inklusiv Erinnerungskultur“ (S.4) geboten. Für Multiplikator*innen steht zu Beginn eine Einführung in die Thematik, was auch die Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten wie Rassismus bedeutet. Dabei wird im Studienheft auf eine weite Definition von

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Rassismus gesetzt, „die auch Formen von nicht ausdrücklich biologischen Rassismus“ (S.6) umfasst. Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis findet daher ebenso Eingang in die Publikation wie die unterschiedlichen Ausprägungen von Rassismen. Bereits hier zeigt sich ein große Stärke des Studienheftes: Die Inhalte sind nicht nur detailliert erarbeitet, die Leser*innen können auch die Überlegungen zur Entstehung dieser nachvollziehbar verfolgen.

Weiter wird in der Einführung auf den europäischen Kolonialismus und die Sklaverei eingegangen sowie dem Phänomen des Antisemitismus nachgegangen. Bereits an dieser Stelle werden verflechtungsgeschichtliche Ansätze aufgezeigt, wenn etwa „Rassismen gegen People of Color“ in enge Verbindung zum Kolonialismus und dessen bis heute andauernde Nachwirkungen „im politischen und wirtschaftlichen Machtgefälle zwischen dem ‚globalen Norden‘ und dem ‚globalen Süden‘“ (S.8) gesetzt werden. Zudem werden diese Verflechtungen von Rassismen und Antisemitismus im Nationalsozialismus anhand eines kurzen Abrisses der nationalsozialistischen Ideologie aufgezeigt.

Ebenso nachvollziehbar und detailliert wird der Aufbau der Materialien dargestellt. Die Materialien setzen sich – in den Worten der Verfasser*innen – „aus Erläuterungstexten sowie Bild- und Textquellen, Aufgabenstellungen und didaktischen Kommentaren zusammen“ (S.6). Weiter sind den Materialien didaktische Anmerkungen vorangestellt, die auf die große Diversität der Schüler*innen und die daraus resultierenden Ansprüche

Empfehlung Unterrichtsmaterial

der Vermittlungsarbeit verweisen. Einen weiteren wichtigen Punkt thematisieren die Verfasser*innen des Studienheftes mit ihrer Forderung, die nationale bzw. eurozentrische Perspektive zu erweitern (S.10). Dementsprechend basiert das didaktische Konzept des Studienheftes auf Biografien, die den Perspektivwechsel anregen sollen und „Einsichten in Kontinuitäten und Wandel von kolonialem und rassistischem Denken und Handeln“ ermöglichen (S.11).

Vorstellung eines Moduls

Anhand von Modul Drei „Schwarze Menschen zwischen rassistischer Ausgrenzung und kolonialpolitischer Vereinnahmung (1933–1939)“ (S.75f) wird die Umsetzung des vorgestellten Konzeptes aufgezeigt. Den Multiplikator*innen werden Informationen, welche Materialien zu welchem Zweck eingesetzt werden können, zur Verfügung gestellt. Gerade für Kräfte der außerschulischen Bildungsarbeit, die sich bezüglich didaktischer Dinge unsicher sind, werden so Hürden abgebaut. Weiter sind klare Vermittlungsziele entsprechend der einzelnen Unterrichtseinheiten formuliert, zum Beispiel bezüglich der biografischen Einheit: „Die Zielgruppen lernen, kritisch mit Selbstzeugnissen Schwarzer Menschen umzugehen, die unter rassistischen Bedingungen entstanden sind“ (S.77). Um die Multiplikator*innen weiter zu unterstützen, sind weiterführende Literaturempfehlungen aufgelistet, die neben Fachliteratur auch Onlineangebote enthalten. Den Unterrichtseinheiten vorangestellt ist der veranschlagte Zeitaufwand, das erforderliche

Lernen aus der

■ Geschichte

Klassenniveau der Teilnehmer*innen und die empfohlene Gruppengröße sowie der Hinweis, welche Materialien mit den Aufgaben zu nutzen sind. Es folgen konkrete Aufgabenstellungen, zum Beispiel „Welche Fragen können durch eine Beschäftigung mit Biografien nicht beantwortet werden?“ oder „Inwiefern können Biografien zum Verständnis von Kontinuitäten und Brüchen in der Geschichte beitragen?“ (S.81). Die Einheiten ermöglichen weitgehend selbstständiges Arbeiten der Teilnehmer*innen und sind entsprechend an die Bedürfnisse angepasst. Neben der numerischen und alphabetischen Sortierung sind die Materialien zudem farblich voneinander abgegrenzt, beispielsweise mit orange für Biografien.

Die Biografien in Modul Nummer Drei enthalten unter anderem den Lebenslauf von Kwassi Bruce (S.88-89). Die Lebensgeschichte des 1893 in Togo Geborenen ist detailliert nachgezeichnet. Sowohl über seinen persönlichen als auch beruflichen Werdegang – beide immer wieder unterbrochen durch rassistische Einflüsse – finden sich zahlreiche Informationen, die von den Teilnehmer*innen verwendet werden können. Da die Biografien beispielhaft für viele Schicksale stehen, finden sich rassistische Muster, die – entsprechend der Aufgabenstellungen, aber auch nach eigenen Ideen der Multiplikator*innen – hinterfragt und erörtert werden müssen. Hier zeigt sich einmal mehr, wie gut sich das Glossar in das Gesamtkonzept des Studienheftes einfügt: Auch in der Biografie von Kwassi Bruce sind erklärungswürdige Begrifflichkeiten

Empfehlung Unterrichtsmaterial

entsprechend gekennzeichnet und können gleich nachgeschlagen werden.

Die Materialien ergänzen die Biografie: Hier finden sich Auszüge einer Denkschrift Bruces, die er 1934 an die nationalsozialistische Regierung schickte, sowie ein Foto, das Kwassi Bruce als Schulkind in Berlin zeigt. Das Zusammenspiel der einzelnen Materialien macht das Modul zu einem vielfältig einsetzbaren Lehrmittel, das nicht nur, aber vor allem mit den vorgeschlagenen Aufgaben funktioniert.

Fazit

Das Studienheft „Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus. Voraussetzungen – Funktionen – Folgen“ eignet sich hervorragend, um verflechtungsgeschichtliche Ansätze in der Bildungsarbeit zu verfolgen. Durch die detaillierte Ausarbeitung, gerade in der Einleitung und dem Glossar, können auch Multiplikator*innen, die noch nicht mit der Thematik in Berührung gekommen sind, darauf zurückgreifen. Die Publikation stellt eine gute Ergänzung auch für den Schulunterricht da, wenn etwa das Thema Kolonialismus aufgegriffen werden soll. Seine Quellenfülle macht das Studienheft zudem zu einem guten Übungsbuch für Schüler*innen, um ihnen den Umgang mit historischen Materialien aufzuzeigen.

Das Studienheft kann direkt bei der Gedenkstätte für 5,00€ bestellt werden. Weiterführende Informationen zur Thematik finden sich auf der Projekthomepage.

Literatur

Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus, Neuengammer Studienhefte, Band 5, KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg und der Universität Hamburg (Hg.), Hamburg 2019, 5,00€.

Stadt neu lesen

Von Lucas Frings

Am 18. Oktober 1946 vermeldete das Neue Deutschland die Umbenennung der Karl-Peters-Schule in Pankow in Carl-von-Ossietski-Schule: „Karl Peters, der bekannte Vertreter der kolonialen Interessen, hat nicht immer mit fairen Mitteln den eingeborenen Völkern gegenüber gearbeitet.“ Knapp fünf Kilometer entfernt, im Berliner Wedding, wird noch heute über die Umbenennung der Petersallee gestritten. Die Publikation „Stadt neu lesen. Dossier zu kolonialen und rassistischen Straßennamen in Berlin“ bzw. die dazugehörige [Webseite](#) des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER) findet 70 Jahre später deutlichere Worte: „Der auch als ‚Hänge-Peters‘ und in Tansania als mkono wa damu (blutige Hand) bekannte Carl Peters etablierte durch Betrug und Gewalt die Kolonie ‚Deutsch-Ostafrika‘ und errichtete als Reichskommissar im Kilimandjargebiet eine Terrorherrschaft.“ Dass die Straße vom Bezirk 1986 umgewidmet wurde – von nun an für den Stadtverordneten Hans Peters – wird an dieser Stelle als Etikettenschwindel bezeichnet.

Das Dossier, 2016 in Zusammenarbeit mit Berlin Postkolonial und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland veröffentlicht, sowie die Webseite nehmen Berliner Straßennamen, ihre kolonialen Verweise und rassistischen Implikationen in den Blick. Dafür sind die Petersallee im „Afrikanischen Viertel“, der benachbarte Nachtigalplatz und die hinter dem

„Kleingartenverein Togo“ liegende Lüderitzstraße nur drei Beispiele. Die Autor*innen und Herausgeber*innen fordern Umbenennungen von Straßen, die mit der kolonialen Gewalt und Ausbeutung verknüpft sind. Die Erinnerung an Forscher, Kriegsschiffe und Kolonialisten soll – den Kolonialzeitbezug erhaltend – durch eine Würdigung antikolonialen Widerstands ersetzt werden und so von „Rassismus Betroffene als Subjekte“ anerkennen. Die neuen Straßennamen sollen auch einer Wissenserweiterung über die Kolonialzeit und deren Verknüpfung mit dem Nationalsozialismus die Türen öffnen. Die Umbenennung des Gröbenufers in Berlin-Kreuzberg in May-Ayim-Ufer 2010 wird dabei als gelungenes Beispiel herangezogen.

In der Broschüre wird die direkte Umbenennung von sieben weiteren Straßen – der M*straße in Mitte, den Wissmannstraßen in Neukölln und Wilmersdorf, der Woermannkehre in Neukölln und der Lansstraße, der Iltisstraße und des Maerckerwegs jeweils in Steglitz-Zehlendorf – gefordert. Abgesehen von der M*straße und der Iltisstraße, benannt nach einem Kanonenboot, dass an der Niederschlagung des „Boxerkriegs“ beteiligt war, erinnern die Straßen an Männer, die als Militärs, Politiker, Kaufmänner oder Forscher an der Unterwerfung, Ausbeutung und Unterdrückung in deutschen Kolonien beteiligt waren.

Zu jeder Straße liefert die Seite eine geographische Verortung, Hintergründe zum Namensgeber und die darin liegenden Gründe für eine Umbenennung. Wenngleich schon ein einzelner Aspekt eine Namensänderung

begründen könnte, akkumulieren sich etwa bei Georg Maercker Tätigkeiten aus verschiedenen Zeitabschnitten. Seine Rolle als „Kolonialkrieger“ in „Deutsch-Ostafrika“, „Deutsch-Südwestafrika“ und China, Kommandeur beim Völkermord an den Herero und Nama, Freikorps-General, Kapp-Putsch-Kämpfer und Verantwortlicher für den Ausschluss jüdischer Soldaten aus dem „Stahlhelm“ wurden 1936 mit der Straßenbenennung gewürdigt.

Da in jedem Beitrag auch angeführt wird, wie andere Städte mit gleichnamigen Straßen umgehen, stellt sich bei diesem Beispiel überdeutlich die Frage, warum Bezirk und Stadt die Straße noch nicht – wie Dortmund 1946 – umbenannt haben. Neben der Forderung nach Umbenennung der Straßen liefert das Dossier Vorschläge für Alternativnamen. Die Vorgeschlagenen sollen, so der Anspruch, ein Panorama von Erfahrungen, Tätigkeiten und Widerständigkeit von Kolonisierten aufzeigen, vor allem, aber nicht nur in Berlin. Zudem wird angemerkt, dass insbesondere Frauen und ihr Handeln bei Straßenbenennungen sichtbar gemacht werden können. Unter den Vorgeschlagenen findet sich z.B. der Abolitionist Anton Wilhelm Amo, Anfang des 18. Jahrhunderts als Kind nach Deutschland verschleppt und später Forscher und Dozent an mehreren Universitäten und Staatsrat in Berlin.

Auch Afrodeutsche finden sich unter den Vorschlägen für neue Straßennamen, etwa Fasia Jansen, die als Kind den Nationalsozialismus überlebte und in der BRD Bekanntheit als Friedensaktivistin erlangte.

Mit der Yihétuán-Bewegung könnte auch eine Gruppe erinnert werden. Die chinesische Widerstandsbewegung, auch als „Boxer“ bekannt, führte Angriffe auf westliche Missionar*innen und Diplomaten aus.

Das Dossier weist auf die problematische Betitelung von Stadtraum hin, erläutert übersichtlich die Geschichte von Namen und Namensgebung und fordert eine kritische Beurteilung von Namen mit Kolonialbezug, ähnlich wie dies bei nationalsozialistischer Ehrung weitestgehend geschehen und auch im Berliner Straßengesetz festgehalten ist. Zentral ist dabei der Wunsch diese Namen nicht nur zu entfernen sondern deren Hintergrund und die verknüpfte Geschichte durch einen Perspektivwechsel, die Erinnerung an antikoloniale Kämpfe, zu thematisieren.

Wenngleich die Webseite einen Großteil des gedruckten Dossiers wiedergibt, fehlen online u.a. 24 Straßennamen in Berlin, die statt einer Umbenennung eine kritische Kommentierung erhalten könnten. Dennoch bietet bereits die Webseite einen guten Einblick in die Bedeutung von Straßenbenennungen und deren Potenzial.

Die gedruckte Broschüre „Stadt neu lesen. Dossier zu kolonialen und rassistischen Straßennamen in Berlin“ ist für 10€ beim Berliner Entwicklungspolitischen Ratsschlag [bestellbar](#). Der Großteil der dort versammelten Beiträge findet sich auf der Webseite [„Stadt neu lesen“](#).

Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel

Von Tanja Kleeh

Die [Website](#) „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ ermöglicht den virtuellen Besuch des sogenannten Afrikanischen Viertel im Berliner Wedding. Über den mobilen Abruf kann die Homepage auch vor Ort angesehen werden. Zu den 22 Straßen werden verschiedene Texte und Audiodateien angeboten. Neben einer alphabetisch sortierten Liste der Straßen gibt es die Möglichkeit, die einzelnen Straßen inklusive der bereitgestellten Informationen über eine Karte zu finden. Getragen wird das Projekt vom Amt für Weiterbildung und Kultur des Bezirksamtes Mitte Berlin.

Die Texte in Schrift und Ton geben Auskunft über die Ursprünge der Straßennamen und in welchem Bezug sie zum deutschen Kolonialismus stehen. So erfahren Besucher*innen des „Lern- und Erinnerungsorts Afrikanisches Viertel“ beispielsweise, dass die Otawistraße nach einem Ort im heutigen Otawi benannt wurde, „der in der von 1884-1919 besetzten Kolonie ‚Deutsch-Südwestafrika‘ von zentraler Bedeutung für den Handel mit Kupfer, Blei und Zinn war“. Ergänzt werden die Informationen mit einer historischen Fotografie, die den Bau der Bahnstrecke zum Zweck der Ausbeutung der Region zeigt. Die Audiodateien, die bei einzelnen Straßen zu finden sind, enthalten ähnlich grundlegende Informationen. Ebenso werden Informationen über wichtige, den Kolonialismus prägende Ereignisse vermittelt.

So gibt es beispielsweise eine Hörstation zur Berliner Afrika-Konferenz 1884/85. Die Konferenz bildete die Grundlage für die Aufteilung des afrikanischen Kontinents zwischen den Kolonialmächten. Es wird in Teilen aus Protokollen eben dieser zitiert. Ähnliche Hintergrundstationen gibt es über den Maji-Maji-Krieg und den Genozid 1904 in Otawi. Diese Ereignisse fehlen in der Auflistung, so dass sie auf den ersten Blick schnell untergehen können.

Sehr schön ist auch die Idee, künstlerische Beiträge hörbar zu machen. So finden sich das Lied „Birth of Ghana“ von Lord Kitchener oder das Gedicht „blues in schwarz weiss“ der Dichterin und Schwarzen Aktivistin May Ayim als Audiostationen. Nach Ayim ist seit Februar 2010 das Kreuzberger Groebenufer benannt. Zuvor war es nach dem preußischen Leutnant von der Groeben benannt worden. Auch über den „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ selbst gibt es eine Audiodatei. Darin wird erklärt, dass die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte im Mai 2011 beschloss das „Afrikanische Viertel“ zu einem Lern- und Erinnerungsort über den deutschen Kolonialismus, seine Rezeption und den Unabhängigkeitskampf der betroffenen Staaten zu machen. Yonas Endrias, der seit Februar 2013 für die Projektkoordination zuständig ist, erklärt die Besonderheiten des Afrikanischen Viertels: „Das Besondere [im Afrikanischen Viertel] ist, dass wir hier das größte Flächendenkmal haben.“ Endrias berichtet von dem langen Kampf der NGOs, von den Auseinandersetzungen mit der Politik, die

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

zwecks der Errichtung des Lern- und Erinnerungsortes nötig waren: „Die Politiker wollten keine Straßenumbenennungen aus parteipolitischen Gründen, stimmten aber einstimmig für einen Lern- und Erinnerungsort.“

Leider sind die Stationen entweder ein Text oder ein Audio und auch nicht durchgängig bebildert. Während Letzteres der Quellenlage geschuldet sein kann, ist die Entscheidung für Text oder Audio nicht gleich erkennbar. Vielleicht findet sich in Zukunft eine Ergänzung des Lern- und Erinnerungsortes, so dass die wertvollen Informationen noch mehr Menschen zugänglich gemacht werden können.

Fazit

Die Homepage „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ ist ein spannendes Projekt, die Berliner*innen vor Ort als auch allgemein am Kolonialismus interessierte Personen zur Erforschung der Kolonialgeschichte animiert. Durch die Verfügbarkeit im Internet sind die „Lern- und Erinnerungsorte“ von überall zugänglich und können somit anschaulich – beispielsweise im Schulunterricht – vermitteln, welche Geschichten hinter oftmals harmlos klingenden Straßennamen stehen. In den immer wiederkehrenden Diskussionen um die Umbenennung von Straßen, beispielsweise die vielfach in Deutschland vorhandene Bismarckstraße, kann das Projekt einen wichtigen Denkanstoß liefern.

Berlin Postkolonial

Von Tanja Kleeh

Der Verein Berlin Postkolonial e.V. setzt sich für eine kritische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Berlins sowie die Offenlegung postkolonialer und rassistischer Denk- und Gesellschaftsstrukturen der Gegenwart ein. Seit 2007 ist der Verein, hervorgegangen aus zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, aktiv und fordert immer wieder ein klares Bekenntnis zur historisch-politischen Verantwortung für die Verbrechen der deutschen Kolonialzeit. Neben den politischen Forderungen hat Berlin Postkolonial in Form von Stadtrundgängen und Schulprojekten Bildungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen geschaffen. Zudem ist der Verein an Ausstellungsprojekten beteiligt, derzeit zum Beispiel im Museum Treptow-Köpenick mit der Ausstellung „Zurückgeschaut“.

Bildungsangebote

Die Stadtrundgänge des Vereins werden auf Anfrage organisiert. Sie finden in Berlin-Mitte (Friedrichstadt oder „Afrikanisches Viertel“/Wedding) statt, dauern etwa zwei bis drei Stunden und werden in der Regel von interkulturellen Teams durchgeführt. Laut dem Verein sind die Rundgänge auch für Schulklassen und Jugendgruppen geeignet. Für Schulklassen aus Berlin und Umgebung jeglichen Schultyps besteht zudem die Möglichkeit, gemeinsam mit Referent*innen von Berlin Postkolonial Projekte zu - nach Angaben des Vereins - postkolonialen, entwicklungspolitischen, bewussteinbildenden

Vorstellung Bildungsträger

den und interkulturellen Themen durchzuführen.

„Zurückgeschaut“

Gemeinsam mit der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland und dem Museum Treptow-Köpenick hat Berlin Postkolonial die Ausstellung „Zurückgeschaut“ erarbeitet. Die Ausstellung beschäftigt sich mit der Ersten Deutschen Kolonialausstellung, die 1896 im Treptower Park stattfand, sowie der einen ähnliche Idee verfolgende „Deutschen Afrika-Schau“ der Jahre 1935 bis 1940. Die Ausstellung ist eine Dauerausstellung und so konzipiert, dass sie bei Bedarf verändert und erweitert werden kann.

Wie die Ausstellungsmacher*innen schreiben, reiche die Bedeutung der Ersten Deutschen Kolonialausstellung weit über die Bezirksgeschichte von Treptow-Köpenick hinaus. „Mit ihrer aufwendigen Inszenierung des deutschen Kolonialstaates unter ‚Anwerbung‘ zahlreicher Menschen aus den deutschen Kolonien ist sie ein zentrales Ereignis der globalen Geschichte Berlins. Vor allem aber ist die Kolonialausstellung von herausragender Bedeutung für die Entwicklung der Afrikanischen Community vor Ort“, so die Zusammenfassung auf der Homepage.

Wie sich Kontinuitäten durch die Jahrzehnte ziehen, zeigt sich am Schicksal des in der Ausstellung porträtierten Pianisten Kwassi Bruce. Aufgewachsen bei weiße deutschen Adoptiveltern, geboren in Togo, kommt er als jüngster Teilnehmer der Ersten Deutschen Kolonialausstellung mit seinen leiblichen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Eltern nach Berlin. Knapp 40 Jahre später ist er Teil der „Deutschen Afrika-Schau“, zu deren Initiatoren er gehört. Vom nationalsozialistischen System angedacht, Schwarze Deutsche „in Baströcken mit Tanz- und Gesangseinlagen dem Publikum als treue ehemalige Kolonialuntertanen aus Afrika“ zu präsentieren, bot sie den Darsteller*innen eine der wenigen Möglichkeiten, den Nationalsozialismus zu überleben.

Die angedeutete Herausarbeitung von Verflechtungen zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus sowie die Kontinuitäten von rassistischen Vorstellungen machen die Ausstellung in dieser Form einzigartig. Ebenfalls von Bedeutung ist an dieser Stelle die Beteiligung Schwarzer Menschen, was – so die Ausstellungsmacher*innen – maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des Ausstellungskonzeptes nahm. Dazu gehörten die Auswahl der Bilder und Ausstellungstexte, in denen rassistisches Vokabular vermieden oder apostrophiert wird.

Vorstellung Bildungsträger

Kontakt

Berlin Postkolonial e.V.

Uhlandstraße 7

13156 Berlin

Projektbüro

Kameruner Straße 1

13351 Berlin

Homepage: <http://berlin-postkolonial.de/>

Mobil: 0179 99 100 976

E-Mail: buero@berlin-postkolonial.de

Unser nächstes Magazin erscheint am 24. Juni 2020 und stellt die Arbeit des Vereins „Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt“ vor.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr. 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Lucas Frings, Tanja Kleeh und Ingolf Seidel

Diese Ausgabe des LaG-Magazins wird gefördert durch die Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.